



**AgEcon** SEARCH

RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

*No endorsement of AgEcon Search or its fundraising activities by the author(s) of the following work or their employer(s) is intended or implied.*

antwortliches Verhalten der Menschen in bezug auf eine, staatliche Hilfen im größerem Maße vermeidende private Vorsorge zu gewährleisten, zumal ja K r o m k a den Trost bereit hält, daß „ein nicht zu geringes Maß (an) Ungleichheit notwendig ist“ und „Armut, wie unerträglich sie auch immer empfunden wird, gewöhnlich einen relativen und nicht einen absoluten Zustand kennzeichnet“ (S. 204). Was indes in diesem Zusammenhang zu fragen ist, nämlich ob und in welchem Maße die gemeinhin gerade innerhalb der Landwirtschaft beobachteten, jedenfalls behaupteten Notlagen in diese H a y e k'schen Kategorien einzuordnen sind. Sind sie nämlich die „Folgen früherer staatlicher Eingriffe“, wie man wohl aus den Überlegungen K r o m k a's entnehmen muß, ohne daß dies freilich belegt wird, dann sieht es mit den verteilungspolitischen Geschenken an die Landwirtschaft und deren Wirkungen ziemlich schlecht aus. Entsprechend erscheinen sie stark überbetont. Sind sie indes nur eine „Erfindung“ der Interessenverbände, um gerade der Dringlichkeit und Berechtigung ihrer Forderungen Nachdruck und Überzeugungskraft zu geben, wovon ich überzeugt bin, dann ist deren Notwendigkeit und Berechtigung schwer zu leugnen, denn offenbar verhindern sie Notlagen, denen sich der einzelne Landwirt nicht ausreichend aus eigener Kraft erwehren kann. Für das eine wie das andere bringt K r o m k a indes keinen Beleg außer seiner festen Überzeugung, der Markt allein und somit jeder Verzicht auf eine Umverteilungspolitik werde die Dinge schon richten.

6. Damit komme ich auf einen vorletzten Punkt, der m. E. der Diskussion bedarf. Wenn ich K r o m k a richtig verstanden habe, macht er drei Gruppen für die von ihm beklagte Misere staatlicher Wirtschafts-, Sozial- und Agrarpolitik verantwortlich: Zum einen die „Intellektuellen“ in ihrem fatalen Aberglauben an die Machbarkeit aller Dinge, also den „Konstruktivismus“, zum zweiten die organisierten Interessengruppen im Zusammenspiel mit, drittens, den stimmenmaximierenden Politikern. Zu fragen ist indes, welche Rolle und Bedeutung K r o m k a eigentlich den Ökonomen und in Sonderheit den Agrarökonom in diesem Komplott gegen eine liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zumißt. Sind sie den Konstruktivisten zuzurechnen, weil sie den Interessengruppen und Politikern ständig neue Rezepte verraten, um dieses oder jene Probleme zu lösen? Zählen sie sogar zu jenen, die nicht nur Rezepte verraten, sondern auch den Nachweis erbringen, daß es ohne Anwendung dieser Rezepte nicht geht? Oder zeigen sie, daß gerade diese Rezepte nichts bewirken, sogar daß die Diagnosen, die deren Anwendung begründen, falsch sind? Oder sind sie sogar solche, die die liberalen Grundsätze vertreten, die K r o m k a betont, ohne sich um die „wirklichen“ Verhältnisse zu scheren oder gerade das Gegenteil, daß sie die „wirklichen“ Verhältnisse vertreten, ohne sich um diese Grundsätze zu kümmern? Von jedem vielleicht ein bißchen, könnte eine Antwort sein, die manches für sich hat. Wenn sie zutreffen sollte, was ist zu tun, vor allem dann, wenn man, wie ich, vieles an den von K r o m k a vertretenen Grundsätzen für richtig und beherzigenswert hält?

7. Schließlich sei noch ein Nachwort gestattet: Wenn ich die Geschichte des „Kapitalismus“ richtig verstanden habe, so verdankt er sein Überleben, ja seine ungebrochene Attraktivität vor allem zwei Dingen: Zum einen der hohen Effizienz seiner Wirtschaft, die die Menschen erstmals und auf Dauer aus ihrer von der Knappheit diktierten Fessel der Armut und des Elendes befreien konnte, was bereits M a r x wußte. Zum anderen der Fähigkeit der demokratischen Gesellschaft, M a r x zu widerlegen, nämlich den von ihm prophezeiten Untergang des Kapitalismus dadurch zu verhindern, daß, übertrieben oder nicht, diese Gesellschaftsordnung die Fähigkeit und Bereitschaft besaß, die von

M a r x aufgeworfene „soziale Frage“ auf eine Weise zu beantworten, die M a r x nicht voraussehen konnte oder wollte, nämlich durch einen sozialen Ausgleich, den der Markt allein nicht erreichen konnte und schon gar nicht der „Nachtwächterstaat“. Wohlgermerkt, weder ist der Kapitalismus an den Folgen dieser Strategie zugunsten des sozialen Ausgleichs zusammengebrochen noch die demokratische Gesellschaftsordnung. Genau das Gegenteil ist eingetreten. Zu keinem anderen Zeitpunkt als gerade heute haben „Kapitalismus“ und Demokratie ihre Überlegenheit gegenüber allen anderen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ordnungsversuchen beweisen können, trotz M a r x und der Agrarpolitik, aber, es sei hier besonders betont, gewiß auch wegen v o n H a y e k .

8. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei noch folgendes hinzugefügt: Ich stehe wohl kaum im Verdacht, die miserable Agrarpolitik in diesem und anderen Ländern zu verteidigen. Aber vielleicht gerade deshalb stehe ich einem zwar konsistenten Liberalismus H a y e k'scher Prägung solange skeptisch gegenüber, solange er sich nicht der ständigen Gefahr erwehrt, doktrinär und dogmatisch zu werden oder zu erscheinen. Leider setzt sich K r o m k a gerade diesem Verdacht aus, wenn er nicht deutlich macht, daß H a y e k Normen und Regeln aufstellt, an denen sich die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik soweit es geht und soweit es gut ist, orientieren sollte, ohne sie, durch wessen Hand auch immer, mit totalitären Mitteln und uneingeschränkt durchzusetzen.

Literaturverzeichnis

B u c h a n a n , J.: Freedom in Constitutional Contract. - London 1977. - B u c h a n a n , J.: Liberty, Market, and State: Political Economy in the 1980s. - New York 1985. - E u c k e n , W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. - Bern und Tübingen 1952. - F r i e d r i c h , C. J.: Demokratie. - In: HdSW, 2. Bd. Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1959, S. 560-566. - K r o m k a , F.: Hayek'scher Liberalismus und Agrarpolitik. - Agrarwirtschaft 39 (1990), S. 199-209. - R u p p , H.: Zweikammersystem und Bundesverfassungsgericht. - Ordo, Bd. 30 (1979), S. 95-105. - S a n d m o , A.: Buchanan on Political Economy: A Review Article. - Journal of Economic Literature, Vol. 28 (1990), S. 50-83. - W i t t m a n n , D.: Why Democracies Produce Efficient Results. - Journal of Political Economy, Vol. 97 (1989), S. 1395-1424.

Verfasser: Prof. Dr. Günther S c h m i t t , Institut für Agrarökonomie der Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 5, D-3400 Göttingen

Entgegnung: Keine Angst vor mehr Freiheit!

Franz Kromka

Wer sich damit abfindet, daß an die Stelle des unbedürftigen, sich selbst genügenden Individuums der so viel gescholtenen bürgerlichen Gesellschaft, das vor staatlichen Eingriffen in Freiheit und Eigentum geschützt sein will, ein bedürftiges, auf Staatshilfe nicht nur rechnendes, sondern angeblich - wie nicht zuletzt Agrarpolitiker behaupten! - dringend auf sie angewiesenes Wesen tritt, der wird Günther S c h m i t t's von Polemik nicht freien „Anmerkungen“ wohl samt und sonders zustimmen. Wer jedoch den modernen „Trend zum Kollektiven“ (Hans M a i e r) als Verhängnis betrachtet und somit der beispielsweise von Helmut S c h m i d t in der ZEIT vom 17.8.1990 (S. 1) niedergeschriebenen Losung uneingeschränkt beipflichtet, daß - etwa im Falle des Wiederaufbaus der ruinierten DDR-Wirtschaft, insbesondere auch der Landwirtschaft - „nur der Leistungswettbewerb, nicht jedoch Gleichmacherei“

zielführend ist, der wird S c h m i t t s Argumente wohl als scharfsinnig, aber zum größeren Teil eben nicht als richtig einstufen. Scharfsinn, so Johann Wolfgang von Goethe, verläßt geistreiche Männer ja am wenigsten dann, wenn sie Unrecht haben. Weit und breit ist gegenwärtig nichts von jener von S c h m i t t (im 8. Abschnitt seiner „Anmerkungen“) behaupteten „ständigen Gefahr“ des H a y e k schen Liberalismus zu sehen, „doktrinär und dogmatisch zu werden“ und gar „mit totalitären Mitteln und uneingeschränkt durchgesetzt“ zu werden. (Nur nebenbei sei gesagt, daß nach Lage der Dinge Angst vor einem Mehr an Freiheit, auf welche Weise dieses Mehr auch immer zustande kommen mag, heute weitgehend unbegründet ist: Freiheit läßt - definitionsgemäß! - auch die Wahl unfreier, reglementierter Zustände zu; wohingegen es in aller Regel große Schwierigkeiten bereitet, von einmal eingeführten Beschränkungen wieder loszukommen.) Echte, d. h. elementare Freiheiten beschränkende Gefahren beschwört demgegenüber aber sehr wohl - dies scheint auch S c h m i t t so zu sehen - das unaufhaltsame Wachsen des Wohlfahrtsstaates herauf. Gerade die Gründerväter unserer marktwirtschaftlichen Ordnung haben vor diesen Gefahren immer wieder auf das eindringlichste gewarnt. Der moderne demokratische Staat jedenfalls, der - im ordoliberalen Sinne - längst nicht mehr „stark“ ist, sondern der sich - dem Druck von Interessengruppen beugend - immer häufiger in den Lebensunterhalt der Leute einmischt, ist inzwischen zu einem von Gefühlen des gleichmacherischen Neides gesteuerten „Instrument der sozialen Revolution“ geworden, deren Ziel die möglichst vollkommene Gleichheit der Einkommen und Vermögen ist“ (Wilhelm R ö p k e). Daß gerade die „2. Maßregel“ des „Manifestes der Kommunistischen Partei“ (1848) eine „starke Progressivsteuer“ fordert, macht schlaglichtartig deutlich, welcher fatalen Ideenwelt das hauptsächlich auf dieser Steuer aufbauende Prinzip der distributiven Gerechtigkeit bzw. - im Falle der Landwirtschaft - die Idee der „Parität“ angehört.

Auf S c h m i t t s zahlreiche Einwände, Fragen und Ergänzungen kann im Rahmen dieser - ab nun streng seiner Gliederung folgenden - Entgegnung nur bruchstückhaft eingegangen werden. Um über die einzelnen Beiträge ein gut begründetes Urteil fällen zu können, sei also dem Leser das direkte Studium der leicht zugänglichen Werke Friedrich A. v o n H a y e k s sehr empfohlen.

1. S c h m i t t ist völlig recht zu geben, wenn er feststellt, daß „ein Versuch, das H a y e k sche Lebenswerk in einem Aufsatz von wenigen Seiten zusammenzufassen, (...) problematisch bleiben muß“. Es mag auch sein, daß es sich bei meinem Beitrag um eine „ganz unkritische Wiedergabe der H a y e k schen Gedanken“ handelt. S c h m i t t, der also H a y e k s Werk gut zu kennen scheint, übersieht hierbei jedoch, daß die Beschäftigung mit diesen Gedanken, die alles in allem mit denen Karl R. P o p p e r s sowie Konrad L o r e n z' eng verwandt sind (vgl. hierzu mein UTB-Büchlein „Sozialwissenschaftliche Methodologie“), dazu beiträgt, zu einem besseren Verständnis der sozialen Realität sowie - darauf aufbauend - zu einer besseren Politik zu gelangen. Es ist wohl so, daß das Befassen mit H a y e k schen Gedanken, vor allem wenn man sie auf die agrarpolitische Praxis bezieht, gegenwärtig nicht wenig mit Kritik zu tun hat; jedenfalls hat es überhaupt nichts zu tun mit einer unkritischen, positivistischen Hinnahme der „miserablen Agrarpolitik“ (S c h m i t t).

2. S c h m i t t meint, ich hätte „nur ein sehr verkürztes, ja ein verzerrendes Abbild“ des H a y e k schen Verfassungsmodellens gegeben. Nun ist richtig, daß ich nur mit wenigen Worten auf v o n H a y e k s „rein legislative Körperschaft“

eingegangen bin und seine „Regierungsversammlung“ unerwähnt gelassen habe, weil diese im Rahmen der von mir behandelten Problemstellung keine Rolle spielt. Dem Leser wird jedoch nichts vorenthalten; er soll vielmehr durch den Hinweis, daß „auf v o n H a y e k s zukunftsweisende Reformkonzeption hier nicht weiter einzugehen ist“ (S. 205), zum Studium der entsprechenden H a y e k schen Vorschläge angehalten werden. Wer übrigens das von mir in diesem Zusammenhang gebrachte H a y e k -Zitat im Original nachliest, stößt jedenfalls sogleich auf die Kapitelüberschrift: „Die beiden repräsentativen Körperschaften mit ihren unterschiedlichen Funktionen“. S c h m i t t sieht demgegenüber offensichtlich richtig, daß nur „geringe Chancen der Realisierung“ des H a y e k schen Vorschlages bestehen. Doch dieses Problem ist ja auch vielen Agrarpolitikwissenschaftlern nicht unbekannt, deren Vorschläge, die bereits erwähnte miserable Agrarpolitik zu verbessern, nicht aus den Schubladen geholt werden.

3. S c h m i t t erscheint der in meinem Beitrag „aufgezeigte Konflikt zwischen Demokratie einerseits und liberaler Gesellschaftsordnung andererseits, um es zurückhaltend zu formulieren, einigermaßen übertrieben“. Daß S c h m i t t diesen Konflikt beträchtlich relativiert - und ihm dabei vermutlich viele zustimmen -, hat offensichtlich damit zu tun, daß trotz des kläglich gescheiterten kommunistischen Experimentes, Gleichheit auf Kosten der Freiheit zu erzwingen, das Verlangen nach individueller Verfügungsmacht und persönlicher Kultur schwächer, der Ruf nach staatlich garantierter Sicherheit immer größer wird. Ein gutes Beispiel für diese prekäre Entwicklung stellt gerade auch die Landwirtschaft dar. Doch der Niedergang der individualistischen Freiheitsidee kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die forcierte Umverteilung von Einkommen und Vermögen beispielsweise im Rahmen der staatlichen Sozialpolitik recht wenig mit freiwilligem, echtem Gemeinsinn zu tun hat, weil nämlich diejenigen, welche die finanzielle Hauptlast der jeweiligen Maßnahmen zu tragen haben, in aller Regel mit der Umverteilung nicht einverstanden sind. Frühzeitig hat Hans M a i e r in seinem Büchlein über „Die Grundrechte des Menschen im modernen Staat“ jedenfalls darauf hingewiesen, daß all die Bemühungen, soziale Gleichheit durch demokratisch legitimierte staatliche Eingriffe herzustellen, „stets in einen neuen Staatstotalitarismus umzuschlagen drohen und drohen, mit dem verglichen das Regime liberaler Individualfreiheit das weitaus erträglichere Übel wäre“. Die Ablehnung der staatlich erzwungenen Unterstützung anderer sollte aber nicht so ohne weiteres als Zeichen fehlenden Gemeinsinns betrachtet werden, denn die zahlreichen freiwilligen Spenden der Bürger für den einen oder anderen Zweck belegen schon heute, daß es um das Zusammengehörigkeitsgefühl nicht so schlecht bestellt ist.

4. Wengleich wir zu keiner Zeit sicher sein können, „daß wir schon die besten Arrangements oder Institutionen gefunden haben, die die Marktwirtschaft zu der vorteilhaftesten Funktion bringen wird, deren sie fähig ist“ (v o n H a y e k), so scheint heute doch einigermaßen sicher zu sein, daß die S c h m i t t sche Ansicht, die „Aufgaben eines modernen Staates dienen auch und vielleicht besonders einer besseren Allokation, die der Markt allein nicht leisten kann“, ein Irrglaube ist. Natürlich setzt eine funktionierende Marktwirtschaft gewisse staatliche Tätigkeiten voraus und natürlich kann sich der Staat (in Grenzen) mit eigenen Unternehmungen in das Marktgeschehen begeben - vorausgesetzt, er gewährt ihnen keine besonderen, wettbewerbsverzerrenden Vergünstigungen; doch dies hat nichts zu tun mit einer „Steuerung“ der sich selbständig weiterentwickelnden, spontanen Ordnung des Marktes. Staatliche Eingriffe,

die gemäß Definition nicht der Aufrechterhaltung dieser Ordnung dienen, sondern auf spezifische Resultate abzielen, zerreißen die Gesamtordnung und verhindern die wechselseitige Anpassung aller ihrer Teile. Sie führen nicht zu einer „besseren Allokation“, sondern lediglich dazu, daß einigen Personen Wohltaten auf Kosten anderer garantiert werden.

1) S c h m i t t s Frage, „wieweit im einzelnen die verteilungspolitische Kompetenz (des Staates) eingeschränkt werden soll“, ist rhetorischer Natur, denn er liefert die Antwort selbst und zwar in Form eines Verdachtes: Die Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, deren hervorragender Vertreter v o n H a y e k ist, wollen, wie mit der Nennung des Wortes „Nachtwächterstaat“ suggeriert wird, die Umverteilung in einem solchen Maße einschränken, daß mit Zuständen zu rechnen sei, die an das „Elend des Frühkapitalismus“ mit eben diesem Staat erinnern. Doch S c h m i t t ist wie so viele der alten marxistischen Propaganda erlegen, die die Tatsache unterdrückt, daß im Falle der Pionierländer des Kapitalismus „die Periode einer zum mindesten relativen Beschränkung des Massenverbrauchs zum Zwecke der raschen Steigerung der heimischen Kapitalbildung die unumgängliche Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung“ (Wilhelm R ö p k e ) war. Die Aufgaben, die der Staat - aus heutiger Wohlstandssicht! - damals im sozialen Bereich vielleicht hätte erfüllen sollen, aber teilweise nicht erfüllt hat, können jedenfalls nicht mit denen verglichen werden, die er heute in einer vom Analphabetentum weitgehend befreiten und ziemlich wohlhabenden („emanzipierten“) Gesellschaft wahrnehmen sollte. Wie auch immer; keinesfalls ist etwas gegen den von S c h m i t t gewünschten „starken Staat“, der vom „parakonstitutionellen Einfluß der Sondergruppen“ ( R ö p k e ) unabhängig ist, einzuwenden; dieser Staat würde, indem er in die spontane Ordnung des Marktes nicht eingreift, sie also nicht stört, am ehesten die Gewähr dafür geben, daß Armut größeren Ausmaßes nicht entsteht.

2) Geht man davon aus, daß - im Gegensatz zur zielverknüpften Wirtschaft der Stammesgesellschaft - die Ordnung des Marktes nur mittelverknüpft und eben nicht zielverbunden ist, diese Ordnung aber gerade deshalb der sich fortwährend wandelnden Vielfalt verschiedener und inkomensurabler (!) Ziele zu dienen vermag, dann liefert die von S c h m i t t für Beurteilungszwecke bemühte „moderne Wohlfahrtstheorie“, die vorgibt, ihre Argumente auf interpersonale Nutzenvergleiche zu gründen, lediglich Trugbilder. Selbst wenn radikal-empiristische Psychologen anderes behaupten, ist zu sagen, daß es bereits größte Schwierigkeiten bereitet, allein individuelle Nutzensvorstellungen auf Ordinalskalen-Niveau einigermaßen konsistent zu messen. So stimme ich („ganz unkritisch“) der H a y e k s chen Aussage zu, daß „die Idee, Handlungen der staatlichen Zwangs Gewalt auf solche Phantasien zu gründen, offensichtlich absurd ist“.

3) S c h m i t t behauptet, meine (ausführlich begründete!) Schlußfolgerung, „spontane gesellschaftliche Ordnungen sind wesentlich effizienter als Gesellschaften, die von Merkmalen einer Organisation geprägt sind“ (S. 204), sei „recht mißverständlich“ und „schlicht falsch“. Nun, wer das H a y e k s che Werk nur sehr oberflächlich kennt, wird ohne Einschränkung feststellen, daß an dieser Aussage nichts Mißverständliches daran ist; sie findet sich in ähnlicher Form bei v o n H a y e k immer wieder. Und wer sich ernsthaft Gedanken gemacht hat, warum beispielsweise der „real existierende Sozialismus“ zusammenbricht, der wird die Aussage als nicht widerlegt betrachten. Was nun das von S c h m i t t in diesem Zusammenhang angesprochene Problem der Internalisierung unerwünschter externer Effekte

wirtschaftlichen Handelns anbelangt, die angeblich die Leistungsfähigkeit des Marktprinzips grundlegend in Frage stellen, so ist zu sagen, daß gerade Wissenschaftler, die wie etwa Holger B o n u s der Idee einer umweltverträglichen Marktwirtschaft verpflichtet sind, an einer sozusagen marktkonformen und d. h. effizienten Bewältigung des Problems arbeiten. Niemand bestreitet, daß die Lösung dieses Problems, die sich letztendlich in einer Änderung bzw. Neuschaffung von allgemeinen Gesetzen (nomos), von Teilen des für alle geltenden Rahmens des Marktgeschehens, niederschlagen wird, ungemein schwierig ist.

4) S c h m i t t übergeht die Tatsache, daß längst bevor die Umweltmisere zu einem öffentlichen Thema geworden ist, es ein mehr oder weniger stetiges Wachstum des staatlichen Sektors gegeben hat. Die Ausdehnung dieses Sektors, die in absehbarer Zeit wohl nicht zum Stillstand kommen wird, läßt sich nur zum Teil sachlich, d. h. von der Aufgabenstellung her begründen; sie hat offensichtlich nicht wenig mit jenen („egoistischen“) menschlichen Verhaltensweisen zu tun, die die verschiedenen sogenannten Bürokratietheorien nicht ohne Erfolg zu erklären versuchen. Jedenfalls scheint das Wachsen des staatlichen Sektors mit dem „Aufstieg und Niedergang der Nationen“ (Mancur O l s o n ) in Zusammenhang zu stehen.

5) Auf eine eher polemische Weise fragt S c h m i t t , warum „nicht schon längst die Revolution derjenigen ausgebrochen ist, die Opfer der interessenpolitischen Ausbeutung sind“. Nun, in gleicher Weise könnte man S c h m i t t die Frage stellen, ob er noch nichts von Mancur O l s o n s „Logik des kollektiven Handelns“ gehört hat: Aus der Tatsache, daß es Gruppeninteressen gibt, etwa das Bestreben, der genannten Ausbeutung zu entkommen, kann bekanntlich - insbesondere im Falle großer Gruppen - nicht so ohne weiteres geschlossen werden, daß die Gruppenmitglieder auch im kollektiven Interesse handeln werden („Trittbrettfahrer“-Problem). Im übrigen habe ich die demokratische Ordnung nicht „übertrieben gescholten“. Ich habe in meinem Beitrag vielmehr dargelegt, daß v o n H a y e k keinesfalls ein Antidemokrat ist, wohl aber „immer wieder auf jene großen Gefahren und Probleme hingewiesen hat, die eine unbeschränkte demokratische Herrschaft zeitigt“ (S. 203). Möglicherweise ist S c h m i t t verwundert, wenn ich dennoch uneingeschränkt seiner Ansicht zustimme, daß unsere Gesellschaftsordnung „eine erhebliche Attraktivität trotz aller Mängel“ besitzt und mithin nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, daß es in den sozialistischen Diktaturen zu Revolutionen gekommen ist.

5. Bewußt oder unbewußt übergeht S c h m i t t meine Feststellung, daß „grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden ist, wenn der Staat im Interesse aller die Menschen zwingt, sich gegen die allgemeinen Gefahren des Lebens zu versichern oder entsprechend vorzusorgen“ (S. 204), und suggeriert damit, daß eine von liberalen Grundsätzen getragene Reform der Sozialpolitik die bereits erwähnten frühkapitalistischen Zustände zeitigen könnte. Deutlich wird auch nicht, ob S c h m i t t der liberalen Auffassung zustimmt, daß private Versicherungssysteme aufgrund ihrer größeren Leistungsfähigkeit monopolistischen staatlichen Versicherungsdiensten vorzuziehen sind. Angesichts der ungemein hohen Subventionierung der landwirtschaftlichen Sozialversicherungssysteme - S c h m i t t spricht von „verteilungspolitischen Geschenken“ - wäre aufschlußreich, von S c h m i t t zu erfahren, ob er in diesem Fall den Ausdruck „Versicherung“ überhaupt noch für angebracht hält. In Anbetracht der ziemlich verfahrenen Situation hege ich nicht, wie S c h m i t t mir unterstellt, die „feste (warum nicht

gleich 'naive') Überzeugung, der Markt allein und somit jeder Verzicht auf eine Umverteilungspolitik werde die Dinge schon richten". Es geht vernünftigerweise nicht um ein „Entweder - Oder", nicht - wie ich in einem anderen Zusammenhang deutlich gemacht habe - „um einen plötzlichen, sondern einen allmählichen Abbau der Geldzuflüsse" (S. 207); es geht vor allem auch um das Setzen richtiger politischer Signale.

6. Konstruktivistisch-rationalistisches Denken (der Schumpeter'schen Intellektuellen) zu kritisieren, bedeutet nicht zu glauben, daß es diesem Denken gelänge, gar auf verschwörerische Weise, die Zivilisation absichtlich, planmäßig zu gestalten; wie die Geschichte lehrt, kann es aber sehr wohl dazu beitragen, daß die von ihm getragenen „bewußt organisierten Kräfte der Gesellschaft jene spontanen Kräfte zerstören, die den Fortschritt möglich machen" (von Hayek). In diesem Zusammenhang beantwortet Schmitt seine amüsante Frage, in welcher Weise Agrarökonomien in das „Komplott" gegen die liberale Ordnung verwickelt seien, selbst - und zutreffend: die Agrarökonomien (bzw. Agrarsozialwissenschaftler) sind an den verschiedensten Fronten zu finden; offensichtlich gibt es auch einige, die von einem („agrарoppositionellen") Komplott träumen... Nun, „was ist zu tun?" Vieles! Angesichts der weiter zunehmenden „verteilungspolitischen Geschenke" (Schmitt) für die Landwirtschaft sollten Agrarökonomien nicht zuletzt Immanuel Kants („Der Streit der Fakultäten") Einsicht beherzigen, daß „Wohlfahrt kein Prinzip hat, weder für den, der sie empfängt, noch für den, der sie austeilt (der eine setzt sie hierin, der andere darin); weil es dabei auf das *Materiale* des Willens ankommt, welches empirisch und so einer allgemeinen Regel unfähig ist".

7. Schmitts recht feierliches „Nachwort" führt zur - ungeschriebenen - positivistisch getönten Schlußfolgerung, daß angesichts der ohne Zweifel „ungebrochenen Attraktivität" unserer Gesellschaftsordnung liberale und d. h. an allgemeinen Grundsätzen orientierte Kritik an Mißständen und Fehlentwicklungen dieser Ordnung - auch Schmitt spricht von einer „miserablen Agrarpolitik"! - sich weitgehend erübrige. Doch die „Überlegenheit" dieser - immer noch - wesentlich von freiheitlichen Prinzipien geprägten Ordnung bedeutet nicht, daß sie nicht auch verfallen könnte. José Ortega y Gasset's („Der Aufstand der Massen") frühe Befürchtung könnte sich immer noch bewahrheiten, daß nämlich der Liberalismus, diese „äußerste Großmut" und diese „edelste Losung", „eine zu schwere und zu verwickelte Disziplin ist, als daß sie auf dieser Erde Wurzeln schlagen könnte".

8. Schmitts Angst vor einem „doktrinären und dogmatischen" Liberalismus Hayek'scher Prägung ist, wie schon gesagt, unbegründet. Dieser Liberalismus ist maßvoll - und nicht nur das: er enthält kein Rezept für die Bewältigung zukünftiger Probleme; er vertraut im Wirtschaftlichen, auch im Agrarwirtschaftlichen, darauf, daß die spontanen Kräfte des Marktes auf irgendeine Weise die erforderlichen Anpassungen an neue Verhältnisse zustande bringen werden. So ist zu guter Letzt Schmitt und seinen Denkanhängern zu wünschen, daß sie keine Angst vor weniger staatlicher Reglementierung, keine Angst vor mehr Freiheit haben!

Verfasser: Prof. Dr. Dr. habil. Franz Kromka, Institut für Agrarsoziologie, Landwirtschaftliche Beratung und Angewandte Psychologie, Universität Hohenheim (430), Postfach 70 05 62, D-7000 Stuttgart 70

# Wirtschaftsumschau

## Die Lage am internationalen Agrarmarkt aus längerfristiger Sicht

Lutz Kersten

### Einführung

Nach dem steilen Anstieg der nominalen Preise für Agrarprodukte und verarbeitete Güter an den internationalen Märkten in den siebziger Jahren kehrten sich die Preistendenzen in den achtziger Jahren für Agrarprodukte um (Schaubild 1). Die der Nachfrage vorausseilende Ausdehnung des Angebots und die zunehmende Protektion der Landwirtschaft in den Industrieländern gelten als die wichtigsten Ursachen dieser Entwicklung. Die Abschwächung der allgemeinen Inflation aber auch Veränderungen der Währungsrelationen und damit des Wertes des US-Dollars, in dem der Handel häufig abgewickelt wird und in dem die Weltmarktpreise üblicherweise angegeben sind, beeinflussen die Preisentwicklung ebenfalls. Bei den Quartalsdaten der Nominalpreise für alle Nahrungsgüter einschließlich tropischen Getränken und Ölsaaten mit Nachprodukten war der höchste Wert seit 1970 viermal so hoch wie der niedrigste. In der Gesamtentwicklung ragen zwei Preisspitzen heraus, die erste, sehr schmale 1974 und die zweite, wesentlich breitere 1980.

### 1 Produktionstendenzen

Die gesamte Agrarproduktion wurde weltweit seit Anfang der sechziger Jahre um jährlich deutlich über 2 % aus-

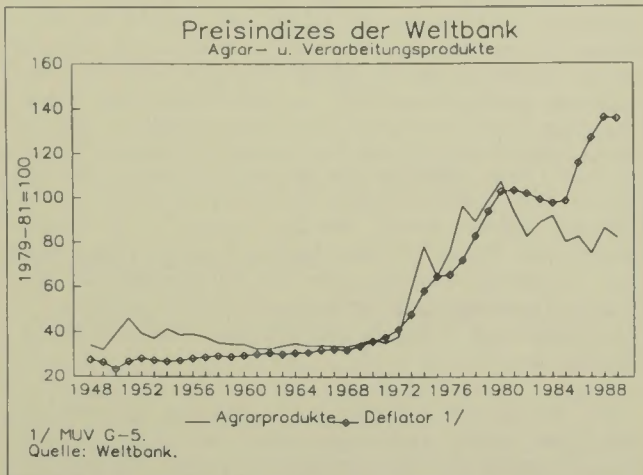


Schaubild 1

gedehnt. Der Anstieg war in den Entwicklungsländern wesentlich steiler als in den Industrieländern, so daß die Gesamtproduktion in den Entwicklungsländern in dem zugrundeliegenden Zeitraum mehr als verdoppelt wurde, in den